



### Presseschau vom 07.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

##### Lug-info.com: **Ausstellung über Woroschilow im Lugansker historischen Museum**

Das Museum hat für Studenten der staatlichen Akademie der Künste und der Kultur *M. L. Matusowskij* (Poet, Journalist, Philologe 1915 - 1990) eine Lehrveranstaltung zum Thema 'Eine Persönlichkeit in der Geschichte – Klim Woroschilow' zum Geburtstag des herausragenden Sohnes des Landes, durchgeführt. ...

Mitarbeiter des Museums haben Fotos aus dem Familienalbum Woroschilows – viele davon breiten Kreisen bislang unzugänglich, persönliche Dinge, Dokumente und Souvenirs, die er auf seinen Auslandsreisen bekam, in eine Ausstellung integriert.

Die Leitende Kuratorin des Museums, Darja Miroshko, die die Exkursion leitete, meinte, die Ausstellung zeige den zweifachen Helden der Sowjetunion nicht als politische oder militärische Figur, sondern als einfaches Familienmitglied.

„Wir haben uns bemüht, Woroschilow hier von einer Seite zu zeigen, von der ihn bisher noch niemand kannte – als Vater, Großvater und fürsorglichen Ehemann. Dem Museum sind auch die Kleinigkeiten, die er schuf, wertvoll. Unser Museum ist eigens zu Ehren Woroschilows eingerichtet worden. Schon wenige Jahre später, als sein Sohn Pjotr Klimentjewitsch hierher kam, war er überrascht, wie die wissenschaftlichen Mitarbeiter daraus so ein Museum gemacht haben. Zu der Zeit beschlossen er und seine Ehefrau, die wertvollen Dinge Kliment Jefremowitschs, die sie aufbewahrt hatten, dem Fundus des Museums zu übertragen“, erzählte die Kuratorin.,

Die die Studenten begleitende Prorektorin Irina Zoj, sagte, dass die Akademie ständigen Kontakt mit dem Museum unterhält und dass die Studenten die Thementausstellungen stets mit Interesse besuchen. „Der heutige Tag ist nicht nur als historisches Datum wichtig, er ist

der jungen Generation wichtig, weil Woroschilow, diese Persönlichkeit und vorbildlicher Mensch, nachahmenswert ist: als zielstrebigem Mensch, ein Mensch, der einen schwierigen Weg durchlaufen hat, angefangen von den niedersten Niederungen zu solchen Höhen in seiner beruflichen, militärischen Tätigkeit, und als Mensch, der seiner Heimatstadt soviel geholfen hat. Das Muster eines echten Patrioten, und dass es in der Geschichte zwei Perioden gab, in denen sie Woroschilowgrad hieß (1935 – 1958 und 1970 – 1992, Anm. d. Übers.), ist sicherlich kein Zufall“, sagte sie.

„Ich denke, dass man diese Persönlichkeit in der heutigen Zeit, in der junge Leute in einem bestimmten Chaos von Idealen leben und nicht zu sich selbst finden können, nachahmen sollte“, sagt die Rektorin überzeugt.

Nach der Exkursion sagte die Studentin des ersten Kurses der Lehr- und Forschungsgruppe Kino und Fernsehen Inna Tomofejewa, dass solche Veranstaltungen durchzuführen für die junge Generation sehr wichtig sei. „Erstens entwickelt das den Patriotismus, und zweitens gibt die Biographie Woroschilows den jungen Leuten die Zuversicht, dass du mit Anstrengung und Standhaftigkeit alles erreichen kannst, was du willst. Ich habe heute viel Neues gelernt. Zum Beispiel, dass Woroschilow mit dem sowjetischen Kommandeur und Marschall der Sowjetunion Georgij Shukow befreundet war und dass so vieles in der Entwicklung Lugansks Woroschilows Anstrengungen zuzuschreiben ist. Ich erfuhr etwas über die Völkerfreundschaft, die es in der UdSSR gab“, teilte die Studentin ihre Eindrücke mit.

Kliment Woroschilow wurde am 4. Februar 1881 im Dorf Werchnjeje im Gouvernement Jekaterinoslaw (heute die Stadt Lisitschansk nicht weit von Lugansk) in der Familie eines Eisenbahnarbeiters geboren. Von 1896 an arbeitete er im metallurgischen Werk in Altschewsk. Dort trat er in sozialdemokratische Zirkel ein. 1904 wurde er Mitglied des Lugansker Komitees der Bolschewiki. 1905 wurde er Vorsitzender des Lugansker Sowjets, führte Arbeiteraufstände und gründete Kampfgruppen. Von 1907 bis 1917 arbeitete er für die Partei im Untergrund, geriet mehrmals in Gefangenschaft und Verbannung ins Gouvernement Archangelsk und in den Rayon Tscherdyn bei Perm. Im Bürgerkrieg formierte Woroschilow Teile der Roten Armee, kommandierte und nahm an der Verteidigung Zarizynos (später Stalingrad, heute Wolgograd) teil. 1919 wurde er Volkskommissar für Inneres der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, organisierte Operationen zur Liquidierung ukrainischer nationalistischer Einheiten. Zusammen mit Semjon Budjonny schuf er die Erste Reiterarmee. 1934 wurde Woroschilow Verteidigungsminister der UdSSR, 1935 erhielt er den Titel 'Marschall der Sowjetunion'. Zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges kommandierte er Einheiten im Nordwesten, später an der Leningrader Front. 1946 – 1953 war er stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1953 – 1960 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. Er starb am 2. Dezember 1969 und ist an der Kremllmauer begraben. ...

Das 1980 als Museum für Kliment Woroschilow eröffnete Lugansker Historische Museum befindet sich im ehemaligen Gebäude der Stadtverwaltung in der Karl-Marx-Straße 30, das in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts gebaut wurde. ... Neben einer umfangreichen Sammlung aus der Zeit seit der Gründung der Stadt 1795 verfügt das Museum über eine Bibliothek von ca. 12.000 Bänden, u.a. eine von Elizabeth II als Geschenk erhaltene Encyclopedia Britannica.

Während des Beschusses im Juli 2014 schlug eine Granate in ein Fenster des ersten Stockwerks ein, die Explosion beschädigte die Fassade und viele Vitrinen. Wertvolle Exponate und Originaldokumente konnten die Mitarbeiter wie durch ein Wunder retten. Seit Februar 2016 ist das Museum wieder in vollem Umfang zugänglich.

#### **vormittags:**

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen siebenmal die Positionen

der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Golubowskoje, Shelobok, Solotoje-5, Smeloje und Sokolniki**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

#### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 05. Februar 3:00 Uhr bis 06. Februar 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Leninskoje, Sachanka**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 194.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 615.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

#### **de.sputniknews.com: Nord Stream 2: Frankreich stellt sich plötzlich gegen Deutschland**

Für Freitag ist eine EU-Abstimmung über die Zukunft der Pipeline Nord Stream 2 geplant.

Bei einem plötzlichen Sinneswandel will Frankreich nun gegen das von Berlin unterstützte Projekt votieren, wie die „Süddeutsche Zeitung“ mit Verweis auf französische Regierungskreise berichtete.

Grund für den Beschluss seien Frankreichs Bedenken bezüglich „strategischer Probleme“, die das Projekt für die angespannten Beziehungen der EU zu Russland berge.

Nämlich befürchte Paris, dass Europas Abhängigkeit von russischen Energielieferungen weiter zunehme.

„Wir wollen nicht die Abhängigkeit von Russland verstärken und dabei noch den Interessen von EU-Ländern wie Polen und der Slowakei schaden“, zitiert das Blatt seine Quellen in Paris.

Die anstehende Abstimmung soll über die Revision der sogenannten Gas-Richtlinie entscheiden, welche die Ausweitung strenger EU-Regeln für Pipelines auch auf Energieprojekte außerhalb der Union vorsieht.

„So müssten etwa der Betrieb und die Erdgas-Belieferung der Pipelines strikt getrennt werden. Gazprom hat bei Nord Stream 2 aber bereits beides in der Hand“, erklärt die „Süddeutsche Zeitung“.

Deutschland, das Nord Stream 2 unterstützt, erachtet deswegen eine Ablehnung der Gesetzesänderung als notwendig.

Bis heute zählte Deutschland auf die Unterstützung Frankreichs, um gegen die Ausweitung der Gas-Richtlinie zu stimmen und damit eine Blockade der Pipeline durch die EU zu verhindern. Denn ohne Paris würde die Bundesregierung deutlich weniger Verbündete innerhalb der EU haben, um die Abstimmung zugunsten von Nord Stream 2 zu steuern. Nun müsste Deutschland nach weiteren Partnern suchen, weil die verbliebenen Partner – Niederlande, Belgien, Österreich, Griechenland und Zypern – für eine Richtlinien-Sperre nicht genügen würden.

Nord Stream 2 ist das Projekt für eine weitere Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland, die auf dem Grund der Ostsee verlegt werden soll. Ihre Gesamtkapazität soll etwa 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr erreichen. Der Betriebsstart ist für Ende 2019 geplant. Ende November hatte Gazprom berichtet, bereits 300 Kilometer der neuen Gaspipeline gebaut zu haben.

Für Deutschland ist das Pipeline-Projekt besonders bedeutend, denn die Bundesregierung ist auf einen Ausstieg aus Atom- und Kohlenkraftwerken bis 2038 angewiesen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32386/55/323865555.jpg>

Telegram-Kanal der Vertreter der LVR im GZKK: Am 6. Februar 2019 um 15:10 Uhr wurde im Ergebnis eines Beschlusses von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine mit einem Antipanzerkettenkomplex „Stugna-P“ zwischen Donezkij und Golubowskoje ein Lastwagen vom Typ SIL-130 beschädigt, der Kohle aufgrund einer zuvor abgestimmten Anfrage des IKRK vom 30.01.2019 beförderte.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainische Seite trotz des geltenden Waffenstillstands offen in Massenmedien die Verwendung der oben genannten Waffe angibt.

Im Internetportal der sogenannten OOS wird der Beschuss des SIL-130-Fahrzeugs mit humanitärer Ladung des IKRK am 6. Februar 2019 als Vernichtung eines Lastwagens der „russischen Besatzungstruppen“ des Typs KRAS dargestellt.

Der Beschuss des Transportfahrzeugs, das humanitäre Hilfe an Einwohner von Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie lieferte, ist trotz der von der ukrainischen Seite gewährten Sicherheitsgarantie und einer Garantie zur Einhaltung des Regimes der Feueinstellung erfolgt.



<https://telegra.ph/file/1be63d9ba8003cdf35718.jpg>

#### de.sputniknews.com: **Nato will INF-Vertrag retten**

Die Nato wird laut Allianzchef Jens Stoltenberg weiter an der Erhaltung des INF-Vertrags arbeiten, wie er gegenüber der „Westfälischen Rundschau“ erklärte.

„Die Nato wird weiter daran arbeiten, den Vertrag zu erhalten und die Rüstungskontrolle zu stärken. Wir werden dazu Initiativen prüfen“, sagte er.

„Wir werden weiter mit Russland sprechen“, versicherte Stoltenberg.

Unter anderem begrüße er die Initiative aus Deutschland, im März eine Abrüstungskonferenz zu organisieren.

Er warf Russland die Nichteinhaltung des INF-Vertrags vor und rief das Land auf, den Vertrag innerhalb von sechs Monaten wieder zu befolgen. Dabei sagte er: „Russland hat mehrmals seine Abneigung gegen den INF-Vertrag erklärt, weil er ihnen Waffen verbietet, die Länder wie China, Indien, Pakistan oder Iran entwickelt und stationiert haben.“ Das ist aber laut Stoltenberg „keine Entschuldigung für Vertragsverletzungen“, sondern „es muss Anlass sein, diesen Abrüstungsvertrag zu stärken und mehr Partner einzubeziehen“.

Trump hatte zuvor angekündigt, dass Washington am 2. Februar mit dem Ausstiegsverfahren aus dem INF-Vertrag beginne. Somit läuft das Abkommen in einem halben Jahr aus. Nach Ansicht der Vereinigten Staaten verletzt der neue russische Marschflugkörper 9M729 die Vertragsbestimmungen.

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, erklärte indes, die Rakete sei auf die Reichweite hin geprüft worden, die im INF-Vertrag festgeschrieben sei. Moskau seinerseits habe schwerwiegende Fragen an die USA ob der Einhaltung des besagten Vertrags durch die Amerikaner.

Russlands Präsident, Wladimir Putin, kündigte eine spiegelbildliche Reaktion Moskaus auf den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem INF-Vertrag an. Der Kreml habe nicht vor, sich an einem aufwendigen Wettrüsten zu beteiligen. Alle Vorschläge zur Abrüstung seien aber auf dem Tisch, „die Türen sind offen“, so Putin.

**Lug-info.com: Die Vorsitzenden der Parlamente der LVR und der Republik Südossetien Denis Miroschnitschenko und Pjotr Gassijew haben heute in Lugansk ein Abkommen zur zwischenparlamentarischen Zusammenarbeit unterzeichnet.**

Die Unterzeichnungszeremonie fand im Kolonnensaal des Hauses der Regierung der LVR

statt.

„Heute ist ein sehr wichtiger Moment für die gesetzgebende Staatsgewalt. Aber er ist nicht nur deswegen wichtig, weil ein weiteres Papier unterzeichnet wird, sondern weil es die Möglichkeit geben wird, sich mit unseren Kollegen über diese oder jene Erfahrung auszutauschen. Dies ist der nächste Schritt, der unsere gesellschaftlichen Organisationen, unsere Jugendorganisationen beim Austausch von Erfahrungen und in der gemeinsamen Arbeit unterstützen soll“, unterstrich Miroschnitschenko.

Gassijew überbrachte den Anwesenden „einen warmen Gruß und aufrichtige Wünsche vom Präsidenten Südossetiens Anatolij Bibilow und vom Parlament“.

„Heute unterzeichnen wir ein Dokument, das in den zwischenparlamentarischen Beziehungen äußerst wichtig ist. Das Dokument ist recht einfach, in ihm gibt es wenige Punkte und Artikel, es ist eine Art Gerüst, wenn man so will ein Grundstein unserer weiteren Beziehungen. Und nur von uns gemeinsam hängt ab, ob sich dieses Gerüst mit „Fleisch“ füllt und ein vollständiger Organismus wird“, erklärte der Vorsitzende des Parlaments Südossetiens. Er wandte sich an die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR mit der Bitte „Aktivität zu zeigen, Beziehungen in den verschiedensten Bereich zu organisieren, damit dieses Dokument nicht einfach ein schönes Papier bleibt“.

### **nachmittags:**

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ hat eine Aktion zur Sammlung von Büchern gestartet, die dann an Kinderheime der DVR verteilt werden sollen. „Kindern in Kinderheimen zu helfen, sich nicht allein zu fühlen, ihnen eine ganze Welt zu schenken, deren Name Buch ist, das ist auch Hauptziel der Aktion“, teilte der Pressedienst von DR mit. „Wir nehmen mit Dankbarkeit Literatur und Sachbücher in gutem Zustand oder neue entgegen. Die Bücher werden im Vorfeld des internationalen Tages des Bücherschenkens an Kinderheime der Republik gegeben“.

### **de.sputniknews.com: Rjabkow prophezeit harte militärische US-Maßnahmen zur Eindämmung Russlands**

Die USA und die Nato werden laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow Maßnahmen zur militärischen Eindämmung Russlands ergreifen. Moskau wird ihm zufolge darauf antworten.

„Man sollte davon ausgehen, dass Maßnahmen zur militärischen Eindämmung ergriffen werden. Diese Maßnahmen werden sehr hart sein“, so Russlands Vizeaußenminister.

„Und wir werden auf sie in einem Antwortregime reagieren; wir werden nichts initiieren“, sagte Rjabkow. „Die Kollegen, die derzeit darüber nachdenken, wie man Russland einen möglichst starken Stich (...) versetzen kann, sollten dies begreifen.“

Darüber hinaus betonte Rjabkow, dass Russland unter Bedingungen „neuer Drohungen“, die Washington schaffe, umfassende Maßnahmen ergreifen werde, um seine Sicherheit zu garantieren. Zugleich sei Russland für einen Dialog offen, falls die USA „ihre destruktive Linie überprüfen und zur Einhaltung des INF-Vertrags zurückkehren“ würden.

„Wir lassen uns nicht in ein Wettüben hineinziehen. Aber die Amerikaner hoffen offenbar, dass ihnen dies gelingt“, betonte Rjabkow.

Zudem verriet er, dass zwischen Russland und den USA ein Notenaustausch zum INF-Vertrag erfolgt sei.

Washington hat die Einhaltung der Verpflichtungen zum INF-Vertrag ab dem 2. Februar ausgesetzt und als Grund angegeben, dass Russland systematisch die Vertragsbedingungen verletzte.

Der bilaterale INF-Vertrag verbietet den Besitz von bodengestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörpern mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometern. Moskau und

Washington beschuldigen einander immer wieder, gegen die Vertragsbedingungen zu verstoßen.

### Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 07.02.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueereinstellung 17-mal verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadier- und der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Drapatyj und Garas das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks und Sajzewo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Spartak, Alexandrowka, Trudowskije** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje und Sachanka** mit Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die ukrainische Aggression zeigt sich nicht nur in zielgerichtetem Beschuss auf Ortschaften der Republik. **An den Kontroll- und Passierpunkten misshandeln die ukrainischen Grenzschrützer und SBULer die friedliche Bevölkerung auf ihre Weise**. Sie schaffen vorsätzlich Hindernisse und verzögern die Passage der Fahrzeuge und der Fußgänger an den KPP in jeglicher Weise. Wenn man die schlechten Wetterbedingungen berücksichtigt, leiden am meisten alte Leute darunter. So **starb heute am KPP „Majorsk“ ein Mann**, geb. 1956, der damit das nächste Opfer der Kriegsverbrechen der ukrainischen bewaffneten Formationen wurde.

Der **Diebstahl von Waffen und Munition** erfolgt nicht nur in der Zone des militärischen Konflikts, wo sogenannte Freiwillige sie eintauschen und zum Verkauf in die Tiefe des Landes bringen. Groß angelegte Machenschaften erfolgen in allen Arsenalen und Lagern. Dabei sind in die Korruptionsschemata höhere Funktionsträger aus dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab der Ukraine verwickelt.

So wurde aus dem 62. Munitionsarsenal im Oblast Kirowgrad im Januar dieses Jahres folgendes illegal entnommen: 400 Antipanzergranaten RPG-22, 200 122mm-Geschosse für D-30-Geschütze, 458 40mm-Geschosse für RPG-7-Granatwerfer, 1980 73mm-Geschosse für OG-15WM-Granatwerfer. Der unmittelbare Organisator des kriminellen Syndikats, der Leiter der zentralen Raketenartillerieabteilung der ukrainischen Streitkräfte Oberst Klotschko, hat angewiesen, die auf seine Anweisung gestohlene Munition auf Kampfhandlungen im Donbass abzuschreiben und in den Dokumenten anzugeben, dass sie an das Feldartillerielager der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ übergeben wurden.

So bereichern sich die ukrainischen militärischen Leiter erfolgreich an der Versorgung terroristischer Organisationen in der ganzen Welt. Insbesondere ist der Generalstab der Ukraine einer der Hauptlieferanten von Waffen für die IS-Kämpfer. Die einen Terroristen sponsern die anderen.

Während es illegal mit Waffen und Munition handelt, erbettelt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte gleichzeitig weitere Militärhilfe bei seinen gutgläubigen Partnern unter dem Vorwand des Schutzes ganz Europas gegen eine angebliche Aggression aus dem Osten. Die Führung Litauens, die genau wie ihre ukrainischen Kollegen in einer

Parallelrealität lebt und vom Krieg mit Russland träumt, hat entschieden, unentgeltlich Patronen für Schusswaffen in einer Gesamtsumme von 255.000 Euro an die ukrainischen Banden zu übergeben.

Ich möchte die blauen Träume der litauischen Militärclique zerstreuen. Die als Geschenk gegebenen Patronen werden zum Glück nicht für den Mord an friedlichen Bürgern des Donbass verwendet werden. Die ukrainischen Generäle finden für sie eine günstigere Verwendung und schicken sie genauso wie die Munition aus dem 62. Arsenal an die Terroristen des Nahen Ostens.

Ein Beispiel dafür, wie man sich in der ukrainischen Armee gegenüber Geschenken von westlichen Schutzherrn verhält, ist der **Diebstahl von sieben aus den USA gelieferten Infrarotvisieren und acht Nachtsichtgeräten** mit einem Gesamtwert von 4,5 Mio. Griwna aus einem Truppenteil in Lwow, der vor einigen Tagen geschehen ist.

Ich erinnere daran, dass die Regierung der USA der Ukraine mobile Antipanzerraketekomplexe „Javelin“ unter der Bedingung übergeben hat, dass sie in Lagern in den westlichen und zentralen Oblasten des Landes aufbewahrt werden. Nach den Diebstählen aus Lagern im Oblast Kirowograd und in Lwow sollte die amerikanische Regierung sich um den Erhalt ihrer „Javelins“ Sorgen machen. Es ist durchaus möglich, dass IS-Kämpfer mit ihnen amerikanische Soldaten im Nahen Osten bekämpfen.

de.sputniknews.com: **Frankreich zieht Botschafter aus Italien ab**

Frankreich hat am Donnerstag seinen Botschafter in Rom Christian Masset zu Konsultationen nach Paris zurückgerufen.

Hintergrund war ein heimliches Treffen des italienischen Vize-Regierungschefs Luigi Di Maio mit Vertretern der so genannten Gelbwesten-Bewegung in Frankreich.

Das französische Außenministerium bezeichnete dies in einer Erklärung als eine „inakzeptable Provokation“. „Sie verletzen den Respekt, den demokratisch und frei gewählte Regierungen einander schulden“, kritisierte die Behörde.

Die italienische Regierung aus Fünf-Sterne-Bewegung und der rechten Lega-Partei von Innenminister und Vizepremier Matteo Salvini unterstützt ganz offen die französischen Demonstranten, die den Rücktritt von Präsident Emmanuel Macron wollen.

Die Massenproteste der „Gelbwesten“ hatten in Frankreich am 17. November 2018 mit der Forderung begonnen, keine Steuererhöhungen für Kraftstoff und Benzin zu erlassen.

Obwohl die französische Regierung die Steuererhöhungen ausgesetzt und eine Anhebung des Mindestlohns angekündigt hat, setzen sich die Proteste fort.

Seit Beginn der Demonstrationen wurden mehr als 2.000 Menschen verhaftet und mindestens zehn Menschen waren bei den Protesten ums Leben gekommen.

de.sputniknews.com: **US-Botschafter in Europa wettern gegen Nord Stream 2**

*Armin Siebert*

In einer konzertierten Aktion erhöhen die USA den Druck auf Europa, sich gegen die russische Gas-Pipeline Nord Stream 2 zu positionieren. Unmittelbar vor einer Abstimmung im EU-Parlament warnen US-Botschafter in Europa vor „russischen Erpressungen“ und „russischer Militäraggression“ durch Nord Stream 2.

In einem Gastbeitrag für die Deutsche Welle forderten die US-Botschafter in Deutschland (Richard Grenell), Dänemark (Carla Sands) und bei der EU (Gordon Sondland), die Mitgliedsländer der Europäischen Union auf, bei der Abstimmung am Freitag in Brüssel gegen die russische Pipeline Nord Stream 2 zu stimmen.

„Dass die EU von russischem Gas abhängig ist, birgt Risiken für Europa und den Westen insgesamt – und macht uns alle unsicherer. ‚Nord Stream 2‘ würde die Anfälligkeit Europas für russische Erpressungen im Energiebereich weiter erhöhen“, heißt es in dem Text der US-



Botschafter.

Der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, hatte sich bereits mehrfach gegen Nord Stream 2 ausgesprochen und in einem Schreiben europäischen Konzernen, die an der Finanzierung der Pipeline beteiligt sind, mit US-Sanktionen gedroht.

Die USA hatten bereits 2017 ein Gesetz erlassen, in dem sie Sanktionen gegen Nord Stream 2 verhängen. Allerdings wurde dieses Gesetz bisher nicht angewandt. Als Ziel der Sanktionen wird in dem Gesetz unter anderem die Erhöhung des Exports amerikanischen Fracking-Gases in die EU angegeben.

### **„Russlands Macht und Einfluss werden sich...ausbreiten“**

Die US-Botschafter warnen in ihrem Gastbeitrag für die Deutsche Welle vor dem wachsenden Einfluss Russlands in Europa: „Nord Stream 2‘ wird mehr als nur russisches Gas liefern. Russlands Macht und Einfluss werden sich durch die Ostsee hindurch bis nach Europa ausbreiten. Und die Pipeline wird es Moskau ermöglichen, die ukrainische Souveränität und Stabilität weiter zu untergraben.“

Ein Großteil des russischen Erdgases fließt bisher durch die Transitleitungen der Ukraine nach Europa. Kritiker befürchten, dass Nord Stream 2 zu einem Einbruch des russischen Gastransfers durch die Ukraine führen könnte.

Die US-Botschafter befürchten in ihrem Aufruf, dass mit den Einnahmen aus Nord Stream 2 „russische Militäraktion an Orten wie die Ukraine und Syrien“ finanziert werde.

Auch könnten mit den Einnahmen aus dem Gasgeschäft „Desinformationsfabriken finanziert werden, die sich gegen demokratische Institutionen in Europa und den Vereinigten Staaten richteten“, so die Botschafter weiter.

### **Druck auf Frankreich**

Am Freitag soll es im EU-Parlament zu einer Abstimmung über eine Änderung der Gas-Richtlinie der EU kommen, die es der russischen Firma Gazprom untersagen soll, gleichzeitig Betreiber und Zulieferer der Gas-Pipeline zu sein. Dies könnte das Projekt möglicherweise verzögern. Unterstützung für diesen Vorschlag wird von den baltischen Staaten und Polen erwartet. Die Niederlande, Belgien, Österreich, Griechenland und Zypern gehören neben Deutschland zu den wichtigsten Befürwortern von Nord Stream 2. Die Bundesregierung hat sich explizit für die Pipeline ausgesprochen und diese als Beitrag zur Energiesicherheit Europas begrüßt. Frankreich, als europäisches Schwergewicht, könnte sich am Freitag überraschend gegen das Energieprojekt aussprechen, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete.

Bisher galt Frankreich als Unterstützer von Nord Stream 2. Es wird vermutet, dass die USA nun intern dem französischen Gasriesen Total mit Sanktionen gedroht haben. Total ist einer der wichtigsten westlichen Investoren und Teilhaber auf dem russischen Gasfördermarkt. Der französische Präsident Emmanuel Macron steht innenpolitisch unter Druck. Steigende Benzinpreise des Konzerns Total würden ihm denkbar unangelegentlich kommen. Andererseits hat Macron gerade erst die Freundschaft zu Deutschland als engstem Partner in Europa mit dem „Vertrag von Aachen“ symbolisch erneuert.

Angela Merkel reist an diesem Donnerstag zum Visegrád-Gipfel nach Bratislava, um sich mit den Regierungschefs Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei zu treffen. Auch hier dürfte Nord Stream 2 ein Thema sein.

Inwieweit die Abstimmung in Brüssel am Freitag zu einer Gesetzesänderung führen wird und tatsächlich noch den Bau der Pipeline, der Ende 2019 abgeschlossen sein soll, behindern kann, ist bislang unklar.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32387/22/323872237.jpg>

**mil-lnr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Golubowskoje, Smeloje, Sokolniki** und **Shelobok** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Verbrechers Majstrenko, wurde das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 100 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Die Kriegsverbrecher der ukrainischen Streitkräfte verletzen nicht nur weiter die Minsker Vereinbarungen, sondern brüsten sich mit ihren Verbrechen gegen die Friedensinitiativen der Volksmiliz, indem sie darüber offen in von ihnen kontrollierten Massenmedien sprechen.

So wurde nach heute verbreiteten Informationen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte angeblich ein Fahrzeug der Marke „KRAS“ der Volksmiliz der LVR vernichtet. Tatsächlich haben die ukrainischen Besatzer ein Fahrzeug beschossen, dass unter Kontrolle des IKRK Kohle in das Gebiet von Golobuwoskje transportierte. Die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte wussten sehr gut über die Arbeit der Mitarbeiter des IKRK in diesem Gebiet Bescheid und haben dennoch die wechselseitigen Vereinbarungen verletzt und eine zynische Provokation begangen und die Zivilbevölkerung in Gefahr gebracht.

**Unter Nutzung des Waffenstillstands verstärkt das Kommando der OOS weiter die Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie.**

Nach Informationen unserer Aufklärung ist eine Panzerkompanie der 3. operativen Brigade der Nationalgarde der Ukraine in Schirokij bemerkt worden. Nach unseren Informationen soll die Einheit die Einheiten der Nationalgarde im Lugansker Oblast für die Zeit der Wahlen des Präsidenten der Ukraine verstärken.

Im Vorfeld eines weiteren Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk führt die militärisch-politische Führung der Ukraine zielgerichtet Maßnahmen zur Diskreditierung der LVR in den Augen der Weltöffentlichkeit durch.

Nach Angaben unserer Quellen haben die Soldaten des 2. Bataillons der 54. Brigade der

ukrainischen Streitkräfte den Befehl erhalten, inszenierten Beschuss auf die ihnen benachbarten Einheiten und das von ihnen kontrollierte Territorium im Gebiet von Popasnjaja durchzuführen, um die Volksmiliz der LVR der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

Trotz der nicht endenden Provokationen des Gegners hält die Volksmiliz der LVR das „Regime der Ruhe und die Minsker Vereinbarungen ein. Wir sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht auf erwidernde Gegenmaßnahmen vor.

## de.sputniknews.com: **Aufrüstung auf Hochtouren: USA bauen Flugzeugträger-Flotte wie im Kalten Krieg**

*Swobodnaja Pressa*

Präsident Trump hat seinen Wählern versprochen, für die US Navy das größte Schiffsbauprogramm der letzten 30 Jahre aufzulegen. Die Zahl der Schiffe soll auf 350 steigen – darunter Flugzeugträger, Raketenkreuzer, Atom-U-Boote. Vor unseren Augen wird das Wettrüsten zur nationalen Doktrin der USA, schreibt das Portal „Swobodnaja pressa“. Die US Navy hat beim Schiffsbaukonzern Huntington Ingalls Industries neue Flugzeugträger bestellt: nukleargetriebene Schiffe der Gerald-Ford-Klasse. Da gleich zwei Flugzeugträger in Auftrag gegeben wurden, gibt der Schiffbauer dem Pentagon einen Preisnachlass. Durch den Großauftrag spart die Marine nach eigenen Angaben vier Milliarden Dollar ein. Das Pentagon erklärt dazu laut dem Portal, der Großauftrag ermögliche es, die zur Verfügung stehenden Finanzmittel effektiver einzusetzen. Außerdem ergäben sich Wertschöpfungseffekte für Zulieferfirmen in 46 Bundesstaaten der USA. Ausgeliefert werden soll der erste Flugzeugträger 2028, der zweite soll mit einem Abstand von höchstens vier Jahren folgen. Dass die US Navy mit einem Auftrag zwei Flugzeugträger beschafft, um Kosten zu sparen, gab es das letzte Mal zu Zeiten des Kalten Krieges, unter der Regierung Reagan. Damals wurden vier Schiffe der Nimitz-Klasse in zwei Teillieferungen bestellt: die „USS John Stennis“ und „USS Harry Truman“ plus die „USS Abraham Lincoln“ und „USS George Washington“.

Präsident Trump hatte zu Beginn seiner Amtszeit versprochen, das größte Schiffsbauprogramm der US Navy seit der Präsidentschaft Ronald Reagans aufzulegen. Die Gesamtanzahl der Schiffe soll demnach von 272 auf 350 steigen – dazu zählen neben Flugzeugträgern auch Raketenkreuzer und Atom-U-Boote. Die Personalstärke der US-Marine erhöht sich entsprechend auf 50.000 Mann.

Das ist die eigentliche schlechte Nachricht: Vor unseren Augen wird das Wettrüsten zur nationalen Doktrin der USA, schreibt „Swobodnaja pressa“. Laut dem Portal erklärt Huntington Ingalls Industries, die Werftengruppe, die gerade den Großauftrag von der US Navy erhalten hat, ihre Kapazitäten erweitern zu können, um in den kommenden 27 Jahren 15 Flugzeugträger der Gerald-Ford-Klasse für die US Navy zu bauen.

Die neue Generation von Flugzeugträgern mit einer Wasserverdrängung von 100.000 Tonnen unterscheidet sich äußerlich nur geringfügig von den Schiffen der Nimitz-Klasse, kann jedoch mehr Flugzeuge aufnehmen. Geplant ist eine Aufnahmekapazität von 90 Flugzeugen und Hubschraubern einschließlich des Tarnkappenjets F-35.

Übrigens: Der unlängst verstorbene Republikaner und Marineoffizier John McCain sprach sich vehement gegen die Gerald-Ford-Klasse aus, schreibt das Portal. Diese Flugzeugträger würden zu viel kosten, seien schlecht geschützt – und überhaupt: Die Zeit schwimmender Flugplätze neige sich allmählich dem Ende zu.

Das erste Schiff dieser Klasse weist auch in der Tat einige technische Mängel auf, so das Portal. Tests, die das Pentagon durchführte, haben ergeben, dass das elektromagnetische Katapult dieses Flugzeugträgers nicht ohne schwerwiegende Aussetzer funktionierte. Seit dem Testbeginn im Mai 2017 kam es immer wieder zu Ausfällen dieser wichtigen Vorrichtung.

Der Navy-Minister Richard Spencer versicherte laut dem Portal jedenfalls, die Probleme würden umgehend behoben. Dass der Schiffbauer den Großauftrag angenommen hat und bereit ist, das dritte und vierte Schiff dieser Klasse zu bauen, zeige: Huntington Ingalls Industries sei sich sicher, dass die Schiffssysteme einwandfrei funktionieren, so Spencer. Das Pentagon plane, insgesamt fünf Flugzeugträger der Gerald-Ford-Klasse bauen zu lassen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32387/38/323873878.jpg>

de.sputniknews.com: **Nun bestätigt: Paris stellt sich bei Nord Stream 2 tatsächlich gegen Berlin**

Frankreich will die Änderungen der Gasdirektive der EU unterstützen, welche Auswirkungen auf die Gaspipeline Nord Stream 2 haben würden. Dies teilte das Außenministerium in Paris am Donnerstag mit. Zuvor hatte die „Süddeutsche Zeitung“ vom plötzlichen Sinneswandel der Franzosen in Bezug auf die Gasleitung berichtet.

Paris will, dass die europäische Gasdirektive überarbeitet wird. Die geplanten Änderungen sollen die Umsetzung des Gasleitungs-Projekts Nord Stream 2 beschränken.

Ziel dieser Überarbeitung soll es sein, dass die Regeln des Dritten Energiepakets für alle Gaspipelines von Nicht-EU-Ländern angewandt werden.

Bei den Änderungen geht um einen Vorschlag der EU-Kommission aus dem Jahr 2017. Damit solle gesichert werden, dass alle Gaspipelines, die auf das Territorium der Union gelangen, ihre Vorschriften erfüllen. Dazu gehört die unternehmerische Trennung von Gaslieferung und Netzbetrieb. Bei Nord Stream 2 liegt beides in der Hand des Energiekonzerns Gazprom.

Dan-news.info: 504 Wohnungen werden an Einwohner der DVR vergeben, die ihren Wohnraum während der Kämpfe verloren haben. Dies teilte heute die Leiterin der Abteilung von Innenpolitik des Oberhauptes der DVR Olga Posdnjakowa mit. ...

Der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew erläuterte, dass zur Sanierung der ersten 164 Wohnungen etwa 31 Mio. Rubel notwendig sind.

de.sputniknews.com: **Rotes Kreuz bringt Hilfsgüter in die Donbass-Republik**

Das Internationale Rote Kreuz hat knapp 100 Tonnen Hilfsgüter in die selbsternannten Volksrepubliken in der Ostukraine gebracht. Dies war die erste große Lieferung seit fast einem Jahr. Hilfsspenden über die ukrainische Seite sind mit einem hohen Maß an Bürokratie verbunden, weshalb die meisten Transporte über Russland erfolgen.

Wie DPA meldet, hat das Internationale Rote Kreuz knapp 100 Tonnen Lebensmittel, Hygienesets, Medikamente, Bürotechnik und medizinische Ausrüstung in das Gebiet Donezk

gebracht. Dies teilte der ukrainische Grenzschutz am Donnerstag mit. Insgesamt bestand die Kolonne mit den Hilfslieferungen aus sieben Lastwagen. Diese haben am Mittwoch den Kontrollpunkt Nowotrojzkoje von der Ukraine in die nicht anerkannte Volksrepublik Donezk passiert.

Donezk und die Nachbarrepublik Lugansk unterliegen einer Blockade durch Kiew. Selbst internationale Hilfslieferungen werden nur selten und nach ausgiebiger Prüfung über die ukrainische Kontrolllinie in die abtrünnigen Gebiete gelassen. Deshalb erfolgt die Versorgung vor allem aus dem benachbarten Russland, mit dem die Aufständischen eine mehr als 400 Kilometer lange Grenze teilen. Über diese Grenze passieren regelmäßig Hilfstransporte aus Russland und aus Europa nach Donezk und Lugansk. Auch die deutschen Hilfsvereine „Zukunft Donbass“ und „Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe“ nehmen die Route über Russland. Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt, der laut UN-Angaben bereits mehr als 10.000 Menschen das Leben gekostet hat. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Deutschland und Frankreich sind neben Russland und der Ukraine Mitglieder des so genannten Normandie-Quartetts, das sich seit 2014 um die Beilegung des Konfliktes bemüht. Die in den Minsker Vereinbarungen festgelegte neutrale Zone im Donbass trennt die ukrainischen Streitkräfte von den Volksmilizen der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32387/42/323874236.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: 15:25 Uhr: Wir bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 14:50 Uhr **Wasiljewka** mit Granatwerfern beschossen.

Unter Beschuss geriet das Gelände der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke.

Die Arbeiter der Station befinden sich derzeit in den Schutzräumen.

16:24 Uhr: Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation. Das Personal befindet sich weiter in den Schutzräumen. Wegen des anhaltenden Beschusses mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen scheint der Schichtwechsel nicht möglich zu sein.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat wiederholt zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK angefragt, um ein nachhaltiges Regime der Ruhe in diesem Gebiet und eine Evakuierung des Personals zu ermöglichen.

17:15 Uhr: Um 16:40 Uhr könnte die Tagesschicht die Station verlassen.

### de.sputniknews.com: Schwedens „Kriegsgefahr aus Russland“: Tarnung eigener Absichten

Dass ein Forschungsinstitut aus Schweden in einer Studie erklärt, Russland würde sich auf einen großen Krieg vorbereiten, ist längst eine Taktik im schwedischen Politikbetrieb. Derlei Studien dienen dem Zweck, bestimmte politische Absichten zu tarnen, sagt der Politikexperte Alexander Schpunt im Sputnik-Gespräch.

Russland sei sehr viel energischer dabei, sich auf einen größeren Krieg vorzubereiten, heißt es in einer Studie des Schwedischen Forschungsinstituts für Verteidigung (FOI). Laut dem Studienbericht werden russische Truppen seit 2013 systematisch auf ihre Gefechtsbereitschaft hin überprüft. Präsident Putin als Oberbefehlshaber der russischen Armee nimmt persönlich an diesen Überprüfungen teil.

Die Berichtsaufsteller sagen zudem, Russlands Armee habe ihre Gefechtsbereitschaft spürbar erhöht und könne innerhalb kürzester Zeit dazu übergehen, militärische Aufträge zu erfüllen. Zudem heißt es in der FOI-Studie, die Manöver der russischen Streitkräfte würden immer größer. An der Übung „Wostok-2018“ zum Beispiel seien 300.000 Soldaten beteiligt gewesen. Solcherart Übungen in einer der vier Himmelsrichtungen fänden einmal im Jahr statt, damit die Armee lerne, einen Krieg auf dem Großteil des Kontinents zu führen. Russland bereite sich darauf vor, „regionale und womöglich langanhaltende Kriege gegen mögliche Gegner von der Größe Chinas oder der Nato“ zu führen, so der Studienverantwortliche beim FOI, Johan Norberg.

Der Politologe Alexander Schpunt von der Moskauer Higher School of Economics kommentiert die schwedische Studie so:

„Wenn Schweden von einer militärischen Bedrohung aus Russland spricht, geht es hauptsächlich um die Begründung für die Verstärkung der eigenen militärischen Fähigkeiten.“ Dabei sei die Militärkraft Schwedens „für ein Land mit dieser geopolitischen Lage und ohne echte Bedrohungen von außen“ ohnehin schon sehr groß.

Aber: „Oft ist Russland auch noch ein Element in den innenpolitischen Spielchen in Schweden. Man denke nur an die endlose Suche nach russischen U-Booten vor der schwedischen Küste, die zahllosen Skandale, die in Schweden immer wieder wegen ‚russischer Agenten‘ entflammen.“ Insofern enthalte die Studie im Grunde nichts Neues. „Der Bericht folgt der Leitlinie der schwedischen Führung für den Umgang mit einer angeblich existenten militärischen Gefahr“, so der Experte im Sputnik-Gespräch.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32387/48/323874844.jpg>

Dnr-online.ru: Die Gesundheitsministerin der DVR Olga Dolgoschapko antwortete auf Fragen im Zusammenhang mit einzelnen Bereichen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass.

„Was die kostenlose medizinische Behandlung betrifft: Es gibt das **Gesetz der DVR ‚Über das Gesundheitswesen‘**, wo in § 26 deutlich festgelegt ist, dass die **medizinische Behandlung auf dem Territorium der Republik kostenlos** ist. Sowohl für Bürger der DVR als auch für alle anderen Bürger, die sich auf unserem Territorium befinden. Was das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass betrifft – wir leisten damit sowohl Einwohnern des Donezker Oblast, der zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, als auch unseren Bürgern Unterstützung. Und sehr oft verteilen wir Medikamente, besonders teure, oder auch Verbrauchsmaterialien für die Behandlung unserer Bürger um. Allein im Bereich Onkologie wurden 2018 1200 Patienten behandelt. Leider entsteht bei unseren Bürgern der Eindruck, dass die Unterstützung für die Bürger der Ukraine besser und mehr ist. Aber das ist nicht so. Wir bemühen uns nicht nur im gleichen Verhältnis, sondern sogar mehr zu unterstützen, weil wir sehr gut wissen, dass unsere Bürger unter schweren Bedingungen leben“, sagte Olga Dolgoschapko.

Sie ging weiter auf verschiedene aktuelle Fragen, die mit dem Gesundheitssystem der DVR zusammenhängen ein. „Wir bemühen uns, keine einzige Bitte um Hilfe außer Acht zu lassen, immer einen Ausweg aus einer Situation zu finden, wir kommen unseren Bürgern immer entgegen“, unterstrich sie.

de.sputniknews.com: **Venezuela: Gibt Moskau die Hoffnung auf? Kreml kommentiert**

Moskau soll laut einer Bloomberg-Meldung Zweifel haben, ob es den venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro weiter unterstützen wird. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, weist diese Berichte jedoch entschieden zurück.

Am Mittwoch meldete Bloomberg, Russland verliere zunehmend die Hoffnung, dass Maduro in Venezuela an der Macht bleiben könne.

Laut Peskow hat sich die Haltung Moskaus auf keine Weise geändert.

Er unterstrich zudem, dass Russland keine Verhandlungen mit anderen Staaten Lateinamerikas über die Regelung der Situation in Venezuela führe.

„Natürlich gibt es einen intensiven Meinungs austausch mit allen ausländischen Partnern. Bei unseren Kontakten werden die Unzulässigkeit einer Einmischung von außen, die Schädlichkeit einer solchen Einmischung und die eventuellen katastrophalen Folgen eines gewaltsamen Eingreifens aus Drittländern in dieser Situation hervorgehoben“, erklärte Peskow gegenüber Reportern.

In diesen Gesprächen informierte Russland die Partner „methodisch“ über seine Haltung, so der Kremlsprecher.

Außerdem wies Peskow darauf hin, dass der Kreml keinen Plan zur Evakuierung des Präsidenten Nicolas Maduro aus Venezuela erarbeite.

Vergangenen Monat begannen in Caracas Massenproteste gegen den agierenden Staatschef Venezuelas, Nicolas Maduro.

Am 23. Januar hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während der Proteste zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt. Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putsch-Versuch sprach.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32135/91/321359150.jpg>

Dnr-online.ru: Die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ gibt im Rahmen ihres langfristigen Projekts „Helden“ den Start einer Aktion zum Tag des Verteidigers des Vaterlands - „Ein Päckchen an einen Soldaten“ bekannt.

„Bei der Aktion kann jeder Einwohner der Republik ein Geschenk oder eine Glückwunschpostkarte oder einen Brief für unsere tapferen Verteidiger an der Front übergeben. Dazu kann man sich an die örtliche Organisation von DR wenden“, teilte der Pressedienst der Bewegung mit.

Lug-info.com: Einwohner des Bezirks Slawjanoserbsk, die gezwungen waren, ihre Häuser während der aktiven Kämpfe im Donbass zu verlassen, kommen in die Region zurück, weil sie an die Perspektiven der Republik glauben, erklärte der Bürgermeister des Bezirks Alexandr Dejneka heute bei einem Treffen mit dem Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik. „Obwohl wir frontnahes Territorium sind, kehren Menschen zurück. Im letzten Jahr sind mehr als 200 Menschen nach Hause zurückgekehrt. Dies zeugt davon, dass die Menschen an ein normales Leben glauben, an die Zukunft der Republik glauben und nach Hause kommen“, unterstrich er.

Es gibt auch eine positive ökonomische Entwicklung. 2018 wurden im Bezirk etwa 1000 Subjekte des kleineren oder mittleren Unternehmertums registriert.

**abends:**

de.sputniknews.com: **Moskau: US-Entscheidung über Militäreinmischung in Venezuela bereits getroffen**

Die USA haben laut der russischen Außenamtssprecherin Maria Sacharowa die Entscheidung über eine gewaltsame Einmischung in die Situation in Venezuela bereits getroffen. Nun kommt es Washington nur darauf an, seine tatsächlichen Ziele zu verheimlichen.

„Man kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Entscheidung über eine militärische Einmischung in Venezuela in Washington schon getroffen wurde. Alles andere ist nichts Weiter als ein Deckmantel“, sagte Sacharowa in einer Pressekonferenz.

Donald Trump hatte neulich in einem Interview mit dem TV-Sender CBS bestätigt, dass er das Schicken von US-Soldaten nach Venezuela als „eine der Varianten“ betrachte.

Sacharowa betonte, dass „solche Erklärungen der offiziellen Vertreter des Weißen Hauses den Artikel 2 Punkt 4. der Satzung der Vereinten Nationen direkt verletzen“. Laut diesem Punkt sollen alle UN-Mitglieder in internationalen Angelegenheiten jegliche Gewaltandrohungen oder Gewalteinsatz vermeiden.



Die humanitäre Hilfe an Venezuela bezeichnete Sacharowa als „Zynismus“, der kaum zu überbieten sei.

„Einerseits werden Sanktionen eingeführt, die die venezolanische Wirtschaft blockieren, andererseits wird Hilfe angeboten. Das ist kaum zu glauben“, empört sich Sacharowa. ...

Lug-info.com: Im zentralen Bezirkskrankenhaus wurde heute die pädiatrische Abteilung wiedereröffnet, bei deren Gebäude vor vier Jahren durch Beschuss der Kiewer Truppen Fenster, Türen, Wände beschädigt wurden. Die Abteilung wurde zeitweilig in das Stadtkrankenhaus von Simogorje verlegt und 2016 bis 2018 wurde das alte Gebäude wiederaufgebaut. Es wurden 1138 Quadratmeter Dach, 66 Fenster, 84 Meter Kanalisation und Wasserleitungen wiederhergestellt, es wurden Innenausbauarbeiten durchgeführt, die Heizung teilweise erneuert sowie das Reservesystem für die Wasserversorgung....

de.sputniknews.com: **USA bewaffnen aus Versehen al-Qaida-nahe Milizen – Medien**

Der Krieg im Jemen ist ein gutes Geschäft für die US-Rüstungsindustrie. Offiziell dürfen deren Handelspartner die gelieferten Waffen zwar nicht weitergeben. Dennoch sind diese nun in Händen radikaler Milizen, berichtet das Portal welt.de.

Seriennummern an großen Fahrzeugen verraten den Herstellungsort. Das dürfte eine ganze Reihe von Beamten im Pentagon in Washington nervös machen: Die Fahrzeuge stammen aus Beaumont, US-Bundesstaat Texas.

Seit 2015 bekämpft im Jemen-Krieg eine sunnitische, von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition die schiitischen Huthi-Milizen, hinter denen der Iran steht. Der Krieg gilt als einer der grausamsten unserer Zeit. Der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge wurden in dem Konflikt bereits mehr als 10.000 Menschen getötet, etwa 20 Millionen Menschen sind von Hunger bedroht, heißt es in dem am Mittwoch abgedruckten Bericht.

Waffen und Militärgerät, die die Koalition nutzt, stammen größtenteils aus den USA. Jedoch ist in den Lieferverträgen geregelt, dass beides nicht an Dritte weitergegeben werden darf. Schon gar nicht an radikale, durchaus al-Qaida-nahe Milizen.

Dass genau das nun der Fall zu sein scheint, hat eine Recherche von CNN ergeben. Reporter sind durch das Land gereist und haben an verschiedenen Orten in den USA hergestellte Waffen und Fahrzeuge gesichtet, die sich nun in Händen von Milizen befinden.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International unterstützt diese Einschätzung. „Das Militär der Emirate erhält von westlichen Staaten und anderen Ländern Waffenlieferungen in Milliardenhöhe, nur um diese dann an Milizen im Jemen weiterzuleiten, die nachweislich Kriegsverbrechen begehen“, erklärt Mathias John, der Rüstungsexperte bei Amnesty International Deutschland.

Die Organisation hat dokumentiert, wie über die an der Seite Saudi-Arabiens stehenden Vereinigten Arabischen Emirate „in großem Umfang“ Panzerfahrzeuge, Mörsersysteme, Gewehre, Pistolen und Maschinengewehre an Milizen gelangen, die keiner Regierung unterlägen.

Es geht dabei nicht nur um US-Waffen. Die Emirate sind ein guter Kunde auch der deutschen Rüstungsindustrie. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung weist für 2017 Genehmigungen zur Ausfuhr von Kriegswaffen in die Emirate im Wert von 45,1 Millionen Euro auf. Laut Amnesty sind bei jemenitischen Milizen vor allem Panzerfahrzeuge aus den USA im Einsatz.

Dem Blatt zufolge fahren jedoch nicht nur al-Qaida-nahe Milizen mit US-Militärgerät durch die Wüste. Videoaufnahmen, die von CNN verbreitet werden, zeigen, dass auch die Huthi-Milizen an die gepanzerten Fahrzeuge gelangen konnten. Damit haben iranische Sicherheitsdienste Zugriff auf US-Militärtechnologie.

Dan-news.info: Der Leiter der Vertretung der DVR in Griechenland, der Direktor des Dostojewskij-Kulturinstituts Andreas Safiris traf sich mit dem Botschafter Venezuelas in Athen Freddi Fernandez. Dies teilte heute das Außenministerium der DVR mit.

„Während des Treffens von Herrn Safiris und Herrn Fernandez tauschten sie sich über die schwierige innenpolitische Lage in ihren Ländern aus und erörterten Fragen der politischen, informationspolitischen, ökonomischen und akademischen Zusammenarbeit“, heißt es in der Mitteilung.

Wir erinnern daran, dass die Situation in Venezuela sich am 23. Januar heftig verschärft hat. Der Oppositionspolitiker Juan Guaidó rief sich selbst zum Interimspräsidenten des Landes aus. Am selben Tag erkannten ihn die USA als solchen an, dann eine Reihe amerikanischer und europäischer Staaten. Der derzeitige Präsident Venezuelas Nicolás Maduro nannte das Geschehen den Versuch eines Staatsstreiches und erklärte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA.

Ihre Unterstützung für Maduro brachten Russland, Weißrussland, Bolivien, Iran, China, Kuba, Nicaragua, El Salvador, Syrien und die Türkei zum Ausdruck.

### de.sputniknews.com: **INF-Streit mit USA: Russisches Verteidigungsministerium bezieht Stellung**

Das russische Verteidigungsministerium hat am Donnerstag die Behauptungen der USA über Verletzungen des INF-Vertrags seitens Russlands kategorisch zurückgewiesen und einen eigenen Vorschlag unterbreitet, um den INF-Vertrag zu retten.

Laut dem offiziellen Sprecher des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat sich die russische Behörde mit dem Inhalt der Note der USA über deren Aussetzung des INF-Vertrages und den Beginn des Austrittsverfahrens der Vereinigten Staaten aus diesem Abkommen vertraut gemacht und die darin enthaltenen Behauptungen, dass Russland seinen Vertragsverpflichtungen diesbezüglich nicht nachkommen würde, als unbegründet zurückgewiesen.

„Das Verteidigungsministerium Russlands hat sich mit dem Inhalt der Note des US-Außenministeriums über die Aussetzung der Beteiligung der US-amerikanischen Seite des Vertrages über die Vernichtung ihrer Kurz- und Mittelstreckenraketen und über den Beginn des Austrittsverfahrens aus diesem vertraut gemacht. Die russische Militärbehörde weist die unangemessenen Behauptungen über die Verletzung der Vertragsverpflichtungen seitens Russlands kategorisch zurück. Die Aussagen der USA entsprechen nicht den Tatsachen“, so der Ministeriumssprecher.

Weiterhin erklärte er, dass die USA keine notwendigen Maßnahmen gegen ihre Verletzungen der INF-Vertragsverpflichtungen ergriffen hätten.

„Trotz der Offenheit des russischen Verteidigungsministeriums zum Dialog über die Erfüllung der Verpflichtungen der Parteien bezüglich des INF-Vertrags wurden seitens der USA keine Beweise vorgelegt, die ihre verkündete Haltung bestätigen. Dabei haben die USA keine notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Verstöße ihrer eigenen Verpflichtungen bei dem Vertrag zu beseitigen“, so Konaschenkow.

Gleichzeitig hat das russische Verteidigungsministerium den Vereinigten Staaten den Vorschlag unterbreitet, neben deren Kampfdrohnen auch die bereits stationierten bodengestützten Startrampen Mk-41 zu beseitigen, die zum Start von Tomahawk-Marschflugkörpern entwickelt worden seien.

„Zu vernichten sind auch Zielflugkörper, die ihren Eigenschaften nach bodengestützten ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen ähnlich sind, sowie Angriffsdrohnen, die wegen ihrer Eigenschaften laut (INF-)Vertrag als ‚landgestützte Flügelraketen‘ eingestuft werden können“, so Konaschenkow.

Das Verteidigungsministerium Russlands hat dazu den Militärattaché der USA einbestellt, um ihm die entsprechende Note zur Rettung des wichtigen INF-Vertrages zum Verbot

landgestützter atomar bestückbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen zu überreichen. Washington hat die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag ab dem 2. Februar ausgesetzt und als Grund dafür angegeben, dass Russland systematisch die Vertragsbedingungen verletzte.

Der bilaterale INF-Vertrag verbietet den Besitz von bodengestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörpern mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometern. Moskau und Washington beschuldigen einander immer wieder, gegen die Vertragsbedingungen zu verstoßen.